



Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Pressemitteilung

Berlin / Hamm, 14.12.2009

An die Redaktionen:

Keine faulen Kompromisse bei der Gentechnik!

Bauern- und Umweltverbände: Wer die Nulltoleranz kippt – rüttelt an der Wahlfreiheit Keine Kontaminations-Schwellenwerte für in der EU nicht zugelassene GVO

Berlin / Hamm, 14.12.09. „Der Gentechnik-Reisskandal LL601 und der aktuelle Gentechnik-Leinsamenskandal zeigen, genauso wie die Verunreinigungen bei den Futtermittelimporten, dass die Gentechnik-Industrie bewusst Kontaminationen verursacht bzw. nichts im Griff hat und die sogenannte „Koexistenz“ unmöglich ist. Bauern- und Umweltverbände fordern die Bundesregierung und die EU-Kommission auf, an der in der EU gesetzlich vorgeschriebenen Nulltoleranz nicht zu rütteln. Den gezielt gestreuten Fehlinformationen der Agrarindustrie, deren Kampagne sich zum Ziel gesetzt hat, die EU-Gesetzgebung auszuhöhlen, dürfen die Politiker in Deutschland und in Europa nicht länger auf den Leim gehen. Stattdessen erwarten wir, dass sie sich klar und deutlich für das Recht auf eine gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft einsetzen und somit eine tatsächliche Wahlfreiheit für Bauern und Bürger sicher stellen“, so Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V. und Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) anlässlich der Veröffentlichung eines gemeinsamen Hintergrundpapiers von 19 Organisationen zur aktuellen Diskussion um die Nulltoleranz für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen (GVO).

„Die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft hat eine Menge zu verteidigen. Wir setzen auf gentechnikfreie Qualitätsprodukte. Anders als in interessierten Kreisen immer wieder behauptet, sind weite Bereiche unseres Rohstoffmarktes gentechnikfrei. Den derzeitigen Wettbewerbsvorteil der EU, gentechnikfreie Lebensmittel liefern zu können, sollten wir nicht leichtfertig aufs` Spiel setzen. Hierzu bedarf es einer konsequenten Politik auf EU-Ebene zum Schutz der gentechnikfreien Erzeugung und der Wahlfreiheit für die Verbraucher. Wenn andere Länder - allen voran die USA - ihre Verunreinigungsproblematik nicht in den Griff bekommen wollen, darf deren Verhalten nicht zum Maßstab für das EU-Recht werden. Genau das aber wollen die Spitzen des Deutschen Bauernverbandes und der Futtermittelindustrie mit ihrer Kampagne erreichen: Sie wollen einen Freifahrtsschein für Kontaminationen mit in der EU verbotenen Konstrukten. Die EU tut gut daran, an der konsequenten Umsetzung des Vorsorgeprinzips festzuhalten. Andere Exportländer, die Futtermittel in die EU einführen, können sich sehr wohl auf diese Markterfordernisse einstellen. Das muss auch so bleiben. Wer es mit der Wahlfreiheit Ernst meint, muss politisch die Rahmenbedingungen in Zukunft so setzen, dass konventionell und biologisch wirtschaftende Betriebe ohne Wenn und Aber gentechnikfrei füttern und erzeugen können“, so Graefe zu Baringdorf.

„Das von der Agrarindustrie gepushte Szenario, wenn die EU nicht endlich die Nulltoleranz für nicht zugelassene GVO aufheben würde, drohe der Futtermittelnotstand und schließlich das Aus der Fleischproduktion in Europa, hält einer Überprüfung nicht stand: Es gibt nur wenige Fälle und geringe Mengen von verunreinigten Futtermitteln. 90% der Verunreinigungen haben nur ein Land als Verursacher: die USA. Brasilien und Argentinien - nach den USA die Nummer zwei und drei im Anbau von gentechnisch veränderter Soja - haben keinerlei Verunreinigungen mit nicht zugelassenen GVO verursacht. Der Anteil der US-Soja-Lieferungen in die EU spielt nur eine untergeordnete Rolle. Entgegen den Szenarien liefert die USA weiter in die EU. Und: Auch die USA ihrerseits ist nicht gewillt, von ihren Behörden nicht zugelassene GVO ungeprüft ins Land zu lassen. Diese Fakten sind in unserem gemeinsamen Hintergrundpapier belegt,“ so Hubert Weiger abschließend.

Zum Hintergrundpapier s. http://www.gentechnikfreie-regionen.de/fileadmin/content/material/hintergrundpapiere/Nulltoleranz_Superpapier_Layout_30Nov09_6.pdf

Pressekontakte: Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf (AbL), mobil: 0171/3627711;
Hubert Weiger (BUND), mobil: 0160/2811867.